

Globale Standortkonkurrenz

Referat von Jochen im AK Grundlagen am 11.11.2009

Was sind die wirtschaftlich relevanten Standortkriterien aus neoliberaler Sicht?

Wo sich das eingesetzte Kapital für ein fragliches Unternehmen am besten rentiert. Ein im Wettbewerb stehendes Unternehmen muss versuchen, seine Güter - bei gegebener Qualität - mit möglichst geringen Kosten zu produzieren und zu verteilen, um auf dem Weltmarkt zu bestehen:

- **Arbeitskosten:** Genügend viele hinreichend qualifizierte und möglichst billige Arbeitskräfte (Bildung interessiert nur hinsichtlich ihrer Funktion für die unternehmerischen Zwecke)
- **Rechtsordnung:** gesichert und funktionierend (Schutz vor Diebstahl, Korruption, Betrug...)
- **Steuern und Umweltauflagen:** so wenig wie möglich
- **Ruhe in der Gesellschaft:** keine Unruhen und keine Streiks, „sozialer Friede“
- **Nähe zum Kunden:** Zuordnung des Standorts zum Absatzmarkt
- **Transportkosten:** gute verkehrliche Anbindung/ Erschließung, Nähe zu Rohstoffen
- **Sonstige Infrastrukturausstattung:** zweckdienlich (Schulen, Gesundheit, Einrichtungen der Versorgung mit Wasser, Energie, Entsorgung von Abfall und Abwasser etc.)

Wie funktioniert die Standortkonkurrenz im Rahmen der neoliberalen Globalisierung?

Staaten und transnationale Wirtschaftsregionen (z.B. Europa) haben jeweils ihre eigenen Gesetze. Innerhalb des Staates/ der Region gelten für den Wettbewerb zwischen Unternehmen also die gleichen Rahmenbedingungen für Standortqualitäten, so weit diese von der Gesetzgebung abhängen. Das sind insbesondere die Unternehmenssteuern und die Gesetze, die soziale und ökologische Rücksichten regeln (Sozial- und Umweltstandards). Die wirtschaftliche Globalisierung ist gekennzeichnet durch geöffnete (deregulierte) Märkte, d.h. Wegfall von Zöllen, Kontingenten, Kapitalverkehrsregeln, mit denen noch bis in die siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts die Binnenmärkte gegen schädlichen Wettbewerb geschützt werden konnten. Die Unternehmen stehen nun weltweit in unregelmäßigem Wettbewerb gegeneinander – und diese Konkurrenz wird durch die niedrigsten Produktionskosten entschieden (sofern nicht die Transportkosten ausschlaggebend sind). Dadurch gewinnen die Arbeitskosten, die Unternehmenssteuern und die Kosten für Sozialabsicherung und Umweltschutz einen überragenden Stellenwert. Je niedriger diese Kosten, desto höher ist die Standortgunst aus der Sicht der Unternehmen, die global wettbewerbsfähig sein müssen.

Was folgt auf längere Sicht aus fortschreitender globaler Arbeitsteilung? Wenn dort produziert wird, wo es am billigsten geht, dann entsteht eine entsprechende grenzüberschreitende Arbeitsteilung mit der Tendenz zur Konzentration und wirtschaftlichen Monostruktur (Verlust an wirtschaftsstruktureller Vielfalt). Bei dieser

„Arbeitsteilung“ fallen die sozialen und ökologischen Belange unter den Tisch. Bei steigendem Kapitaleinsatz steigt die Produktivität, d.h. teure Arbeit wird durch (billigeres) Kapital ersetzt. Massenarbeitslosigkeit ist für Unternehmen, die Arbeitskosten drücken wollen, ein Vorteil (Lohndumping wird möglich). Der Staat wird erpressbar, denn er muss Massenarbeitslosigkeit vermeiden. Denn sie führt zu Unruhen, wenn das soziale Netz die Folgen nicht mehr auffangen kann.

Was würde sich an der (ungeregelten globalen) Standortkonkurrenz ändern, wenn das Regionalisierungskonzept realisiert würde? Bei Rücknahme der Marktöffnung würden die Wirtschaftsunternehmen unter gleichen Rahmenbedingungen miteinander konkurrieren. Denn für jede Wirtschaftsregion (z.B. ein Staat, Europa...) würden die gleichen Gesetze gelten. Der zerstörerische Orkan des globalen Standortwettbewerbs würde sich in der Wirtschaftsregion in einen belebenden Wind verwandeln. Die demokratisch gewählten Politiker könnten wieder mit ihren für ihr Geltungsgebiet gemachten Gesetzen den Rahmen für die Wirtschaft vorgeben – mit dem Ziel, die verloren gegangene wirtschaftsstrukturelle Vielfalt zurück zu gewinnen mit hinreichend vielen Arbeitsplätzen.

Die Politiker (von welcher Partei auch immer) würden nicht mehr von der Wirtschaftslobby wie ein Stier am Nasenring geführt werden können. Angesichts der in Folge des technischen Fortschritts in jeder Region erzielbaren hohen Produktivität wäre jede Region in der Lage, bei verkürzter Arbeitszeit für Vollbeschäftigung zu sorgen und Wohlstand für ihre gesamte Bevölkerung zu schaffen.

Zwischen den Wirtschaftsregionen könnte weiter Handel getrieben werden, aber nicht nach rein betriebswirtschaftlichem Kalkül der exportierenden und importierenden Unternehmen, sondern nach politischen Entscheidungen: nach Abwägung der mit dem jeweiligen Austausch von Gütern verbundenen Vor- und Nachteile für die eigene Wirtschaftsstruktur. Der neoliberale Freihandel muss zu diesem Zweck in einen demokratisch regulierten Handel über Grenzen hinweg überführt werden.